

Verfahrensunterlagen für die Vergabe von Verkehrsdienstleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Teil C

Leistungsbeschreibung, Anlage 6 (LB 6) Zuwendungsrechtliche Bestimmungen

1 Grundsatz

Gemäß § 11 Abs. (1) ÖPNVG NRW gewährt das Land NRW dem Aufgabenträger Fördermittel (SPNV-Pauschale) zur Finanzierung des SPNV, deren Verwendung den zuwendungsrechtlichen Bestimmungen nach Maßgabe des jeweiligen, jährlichen Fördermittelbescheides unterliegt. Der Aufgabenträger leitet einen Teil dieser Fördermittel im Rahmen der vereinbarten Zahlungen an das EVU weiter. Dabei ist er verpflichtet, dem EVU die für die Weitergabe der Zuwendungen an Dritte maßgebenden Bestimmungen des Fördermittelbescheides aufzuerlegen. Dies gilt auch dann, wenn die Zuwendungen über Dritte weitergeleitet werden.

Die Vertragspartner werden die jeweiligen, sie betreffenden Verpflichtungen aus den Förderbescheiden erfüllen und beachten.

2 Verfahren

Der Aufgabenträger teilt dem EVU jährlich mit, inwiefern in den Zahlungen des Aufgabenträgers an das EVU Fördermittel Bestandteil sind. Gleichzeitig übersendet der Aufgabenträger dem EVU jeweils zu Beginn eines jeden Jahres eine Kopie des/der aktuellen Fördermittelbescheide/s.

Die Fördermittelbescheide und die für das EVU maßgebenden Bestimmungen der Fördermittelbescheide werden Bestandteil des Vertrages (siehe Musterbescheid gemäß Anhang) und entfalten für das EVU bindende Wirkung, soweit die Förderbescheide dies verlangen.

Darüber hinaus setzt der Aufgabenträger das EVU über etwaige sonstige Erlasse der Bewilligungsbehörde o. ä. in Kenntnis, sofern dies für die Regelungen im Rahmen des Vertrages von Bedeutung ist. Kenntnisse über einschlägige Gesetze (ÖPNVG NRW), Verwaltungsvorschriften (VV-ÖPNVG NRW) etc. verschafft sich das EVU dagegen in eigener Verantwortung.

Sofern während der Vertragslaufzeit eine zur Prüfung der Einhaltung der förderrechtlichen Bestimmungen berechnete Instanz (z. B. Landesrechnungshof) einen begründeten Verstoß gegen die nach Abs. 2 maßgebenden Bestimmungen der Fördermittelbescheide feststellt, den das EVU zu vertreten hat, und sofern sich dadurch zwingend finanzielle Rückforderungsansprüche für den Aufgabenträger ergeben, wird das EVU diese Rückforderungen übernehmen und den Aufgabenträger von daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteilen freistellen.